

1. Juni 2012 / Nr. 108 – Menschenrechte & Konfliktbearbeitung

KOFF – swisspeace

- Elfte Jahresversammlung der KOFF Trägerschaft
- Strafrecht und die Verantwortung transnationaler Unternehmen
- Workshops zur Verbesserung von Wirkungsorientierung
- Die Murambi Gedenkstätte

Schwerpunkt

- Menschenrechte mit Konfliktbearbeitung verbinden: Was können die Ansätze voneinander lernen?

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

- Begleitschutz für MenschenrechtsaktivistInnen durch PBI: Verbindung von Menschenrechten und Konfliktbearbeitung
- HEKS: Gerechtigkeit und Konflikttransformation
- Amnesty International: Kampagne für internationale Waffenkontrolle
- TDF: Unterrichtsmappe zur Zwangsverheiratung
- ICP: Konfliktbüro Bern
- SAD: Sport- und Spielaktivitäten zur Konflikttransformation von unten in Sri Lanka

Schweizer Regierungsstellen

- AMS: Schweizer Menschenrechtsengagement im Senegal
- DEZA: Die Bedeutung der Menschenrechte in fragilen Situationen

Publikationen, Webtipp

- Die Herausforderung eines gerechten Friedens
- Entwicklungsziele nach 2015

Internationale Partnerorganisationen, Veranstaltungen

Herausgeber:
Kompetenzzentrum
Friedensförderung KOFF
Sonnenbergstrasse 17
CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12
www.swisspeace.ch/koff

Editorial

Menschenrechte und Konfliktbearbeitung sind zwei Seiten derselben Medaille, deshalb ist es erforderlich, dass sich Fachleute beider Perspektiven der jeweils anderen Denkweise bewusst sind. Die vorliegende Ausgabe des KOFF-Newsletters beschäftigt sich mit der Frage, was Menschenrechtlerinnen und Friedensförderer voneinander lernen können. Der Schwerpunktartikel greift die Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer solchen Zusammenarbeit auf und legt dar, wie die fachliche Abgrenzung unter anderem durch die Bereitschaft zur Horizonterweiterung überwunden werden kann. Weiter berichten verschiedene Organisationen darüber, wie sie die Menschenrechte in ihre eigene Arbeit einfliessen lassen.

Lukas Krienbuehl
Redaktor

Daniel Hofer
Stv. Redaktor

KOFF – swisspeace

Links

- [KOFF](#)
- [Schwerpunkt](#)
- [KOFF-Jahresbericht 2011](#)
- [KOFF-Mittelfriststrategie 2012-2015](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Ursula Keller](#)

Elfte Jahresversammlung der KOFF Trägerschaft

Anfang Mai fand die elfte Jahresversammlung der KOFF-Trägerorganisationen statt. Über 40 VertreterInnen der Trägerorganisationen nahmen daran teil. Im statuarischen Teil präsentierte das Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) von swisspeace die wichtigsten Stationen des vergangenen Jahres und skizzierte die Eckpunkte der neuen KOFF-Strategie 2012-2015. Weiter fand die Wahl der neuen NGO-Vertretung im KOFF-Steuerungsausschuss statt. Auf die zurücktretende Cécile Bühlmann (cfd) folgt Beatrice Faidutti-Lueber (Eirene Suisse). Wir bedanken uns an dieser Stelle bei Cécile Bühlmann für ihr verdienstvolles Engagement während der vergangenen sechs Jahre und gratulieren Beatrice Faidutti-Lueber zur Wahl.

Der zweite, inhaltliche Teil der Versammlung stiess mit dem Thema „Connecting Human Rights and Conflict Transformation“ auf grosses Interesse. Die eingeladene Expertin betonte in ihrem Vortrag, dass der enge Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Konflikttransformation und Friedensförderung offensichtlich sei, die Verknüpfung der beiden Ansätze und der entsprechenden Instrumente in der praktischen Arbeit jedoch nach wie vor eine grosse Herausforderung darstelle. Anschliessend präsentierte Caritas am Beispiel der eigenen Erfahrungen, welche oft kontroversen Fragen sich für eine Organisation stellen, wenn Friedensförderung und Menschenrechte in eine gemeinsame Strategie integriert werden. Die beiden Beiträge regten eine lebhaftige Debatte an. Der Schwerpunktartikel dieses Newsletters vertieft die inhaltliche Diskussion der Trägerversammlung.

10.05.2012

Links

- [swisspeace: Business & Peace](#)
- [KOFF](#)
- [ask!](#)

Weitere Informationen:
[swisspeace](#)
[Andrea Iff](#)
[Sergio Gemperle](#)

Strafrecht und die Verantwortung transnationaler Unternehmen

Wirtschaftliche Tätigkeiten von multinationalen Unternehmen in Ländern mit bewaffneten Konflikten oder systematischen Menschenrechtsverletzungen unterliegen einer kontroversen Debatte. Auch wenn die Unternehmen nicht direkt in Konflikte involviert sind, laufen sie Gefahr, diese indirekt zu begünstigen oder gar zu schüren. An einem gemeinsam von der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ask!), KOFF und swisspeace organisierten Rundtisch wurden Anfang Mai Möglichkeiten zur strafrechtlichen Verfolgung transnationaler Unternehmen diskutiert. Ein kolumbianischer Anwalt für Menschenrechte erläuterte die ungenügende internationale Rechtslage und veranschaulichte die daraus resultierenden Implikationen für Länder wie Kolumbien. Beispielsweise wurden dort bereits mehr als 3000 Gewerkschaftsmitglieder ermordet und die Drahtzieher hinter diesen Verbrechen in keinem einzigen Fall verurteilt. Vorgeschlagen wurden drei Massnahmen, damit multilaterale Firmen in solchen Fällen belangt werden können: erstens die Anwendung des internationalen Strafrechts auf juristische Personen; zweitens die Anpassung der Rechtsgrundlagen in den Hauptsitzstandorten dieser Unternehmen, um sie für kriminelle Handlungen im Ausland bestrafen zu können; drittens die Prüfung der Schaffung eines internationalen Wirtschaftsgerichts.

In Bezug auf die Schweiz lokalisiert eine kürzlich erschienene Studie zur eidgenössischen Gesetzgebung Defizite insbesondere bei der Verpflichtung von Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland und den juristischen Sanktionsmöglichkeiten. Im Zentrum der abschliessenden Diskussionen standen deshalb Fragen bezüglich der Ausgestaltung nationaler und internationaler Rechtsstandards sowie deren Umsetzung und Auswirkung auf lokale Kontexte.

04.05.2012

Links

- [Bericht zum Workshop in Bonn \(mit Interviews der Referenten aus Kenia und Burundi\)](#)
- [Workshop-Programm](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Roland Dittli](#)

Workshops zur Verbesserung von Wirkungsorientierung

Wirkungsorientierung, Impact oder Value for Money ziehen als Schlagworte in der Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit immer grössere Kreise. In Zusammenarbeit mit der deutschen Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) hat das KOFF deshalb Mitte Mai zwei eintägige Workshops in Bonn und Bern organisiert, um die laufenden Debatten mit verschiedenen ExpertInnen kritisch zu beleuchten. Neben Beiträgen aus Burundi, Deutschland und den Vereinigten Staaten sorgten das Panel mit Schweizer Akteuren sowie eine kritische Perspektive aus Kenia zu animierten Diskussionen. Die Verankerung bekannter Qualitätsstandards der Friedensförderung, wie beispielsweise Konfliktanalyse, realistische Zielformulierung und überprüfbare Wirkungshypothesen in den Organisationen, war dabei ebenso Thema wie der Umgang mit Machtgefällen zwischen Geldgebern und nationalen Partnern oder die Frage, wie die Debatte von Kontrollansprüchen zur Idee gemeinsamer Lernprozesse verschoben werden kann. KOFF wird das Thema weiterverfolgen und aufgrund der Debatten in den nächsten Monaten ein Working Paper erarbeiten. Zu einem an der Veranstaltung vorgeschlagenen Peer-Review-Ansatz sind zudem bereits konkrete Folgeprojekte geplant. 16.05.2012

Links

- [Programm des Ateliers \(auf Französisch\)](#)
- [UN Approach to Transitional Justice](#)
- [2005 Report of Diane Orentlicher to combat impunity](#)
- [The Chicago Principles on Post-Conflict Justice](#)
- [swisspeace: Dealing with the Past Conceptual Framework](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Marcel von Arx](#)

Die Murambi Gedenkstätte

Im Rahmen eines Mandats von Caritas arbeitete das Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) Mitte Mai erneut mit KollegInnen des *Isoko ry'Amahoro – Noyau de Paix*, einem Netzwerk lokaler Friedensorganisationen in Ruanda, zusammen. Das Atelier in Kabgayi südlich von Kigali widmete sich der Aufarbeitung des Genozids von 1994.

In diesem Zusammenhang wurde die Murambi Genozid-Gedenkstätte besucht. Murambi ist ein Ort mit vielen Facetten, die von Tod, Trauer und Erinnerung über Solidarität mit den Opfern und Betroffenen bis zu Aufklärung und Verantwortung reichen. Tausende von Knochen legen Zeugnis von der menschlichen Brutalität ab, vom Wahnsinn, der zwischen April und Juli 1994 in Ruanda geschah. In Murambi wurden über 50'000 Menschen umgebracht. Der Geruch, die Kleider, die Haarreste, die Knochen der Kinder, der Alten, der Menschen wecken den Horror von damals. Vor Ort zeigt ein Museum mit Bild und Text die Geschichte, die zum Genozid von 1994 führte. Mit den KollegInnen von *Isoko ry'Amahoro* fand dazu ein reger Austausch über persönliche Gefühle und Erlebnisse wie auch über politische und historische Einschätzungen statt. Auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft wurde kritisch hinterfragt. So weisen zwei Gedenktafeln darauf, dass wenige Monate nach dem Massaker von Murambi französische Truppen dort die *Tricolore* gehisst und auf einem Massengrab Volleyball gespielt haben. Eine formelle Entschuldigung dazu ist bis heute ausgeblieben.

Murambi ist Ort der Hoffnung und Aufforderung an die Welt, Völkermorde in Zukunft zu verhindern. Am Ausgang zu lesen ist ein Zitat von Félicien Ntabungwa: „*Si tu me connaissais, et si tu te connaissais vraiment, tu ne m'aurais pas tué.*“

22.05.2012

Schwerpunkt

Links

- [GIZ: Connecting Human Rights and Conflict Transformation. Guidance for Development Practitioners](#)
- [Berghof Handbook for Conflict Transformation](#)
- [OECD: New Deal](#)
- [Weltbank: World Development Report 2011](#)
- [KOFF Training: Menschenrechte und Konflikttransformation](#)

Menschenrechte mit Konfliktbearbeitung verbinden: Was können die Ansätze voneinander lernen?

Dass Menschenrechte, Friedensförderung und Armutsbekämpfung miteinander verbunden sind, kann jeder intuitiv verstehen. Sie sind sogar entscheidend, um einen nachhaltigen Frieden zu schaffen, um die Entwicklung stabiler und legitim regierter Gesellschaften zu ermöglichen, in denen jeder Mensch die Freiheit genießt, sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Im Verlauf der Zeit hat sich die enge Verbindung zwischen Menschenrechten, Konflikt, Frieden und Entwicklung auch auf der politischen Ebene gefestigt. Der „New Deal for Engagement in Fragile States“ der OECD und seine fünf „Peacebuilding and Statebuilding Goals“ sind dafür ein gutes Beispiel. Der Aufruf des World Development Reports 2011 der Weltbank zu umfassender und interdisziplinärer Zusammenarbeit spiegelt diese Erkenntnis ebenfalls wider. Somit ist das Bewusstsein gewachsen, dass die Realität sich nicht an die konzeptuelle Einteilung hält, die wir vornehmen, um die Welt verständlicher und handhabbarer zu machen.

Interdisziplinarität als Herausforderung

Diese Einsicht umzusetzen, ist jedoch leichter gesagt als getan. Wie die wiederkehrende „Frieden gegen Gerechtigkeit“-Debatte zeigt, öffnet sich immer wieder ein Graben zwischen Menschenrechten (MR) und Konfliktbearbeitung (KB). Die Entwicklungszusammenarbeit hat der Frage, wie menschenrechtsbasierte Ansätze (MRBA) sowie Konfliktsensitivität und Friedensförderung zueinander stehen, wenig Beachtung geschenkt, obwohl beide Ansätze in derselben Zeit aufkommen sind sowie in denselben Kontexten und von denselben Akteuren angewendet werden können. Die Trennung fließt auch in den institutionellen Aufbau der Organisationen ein: Menschenrechts- und Konfliktbearbeitungs- beziehungsweise Friedensförderungsperspektiven sind meist in getrennten Bereichen angesiedelt oder werden von verschiedenen Fachleuten verfochten. Die getrennten Zeitpläne, Leistungsvereinbarungen und Budgets limitieren jeweils Interaktion und Austausch. Darüber hinaus verbleiben Fragen bezüglich der Terminologie oder eines gemeinsamen Grundverständnisses. In den Menschenrechten und der Konfliktbearbeitung trifft man auf technische Begriffe (zum Beispiel „duty-bearer“, „dividers“ und „connectors“), die für Personen ausserhalb des jeweiligen Fachgebiets nur schwer zugänglich sind. Gleichzeitig werden aber auch unterschiedliche Termini für das gleiche Phänomen oder derselbe Begriff für Verschiedenes verwendet. Konfliktbearbeitungsfachleute verstehen unter dem Konzept *Menschenrechte* eher Monitoring, Reporting und Advocacy, während MenschenrechtsexpertInnen damit beispielsweise die Integration von Prinzipien der MR in Projekte zur Armutsbekämpfung verbinden. Dies verweist auf eine weitere Herausforderung: KonfliktexpertInnen sind selten vertraut mit der Art und Weise, wie Fachleute des MRBA Partnerschaften mit staatlichen Institutionen aufbauen oder wie sie marginalisierte Gruppen dazu befähigen, ihre Stimme zu erheben. Vielmehr betrachten sie Menschenrechtsarbeit als „naming and shaming“. Umgekehrt sind viele MenschenrechtlerInnen der Ansicht, bereits Friedensförderung zu betreiben, indem

sie soziale Gerechtigkeit fördern. Es ist ihnen nicht bewusst, dass die Umsetzung einer Konfliktbearbeitungsperspektive mehr beinhaltet; zum Beispiel das Erstellen einer gründlichen Konfliktanalyse, die Beantwortung der Frage, wie die eigenen Tätigkeiten lokale Konfliktstrukturen beeinflussen, oder auch die Förderung horizontaler Verknüpfungen.

Verschiedene Aspekte einer einzigen Realität

In der Tat können sich Werkzeuge und analytischer Rahmen in der Menschenrechtsarbeit und der Konfliktbearbeitung stark unterscheiden. Dies macht es zu Beginn schwierig zu verstehen, wie sie verbunden werden können. Umso mehr sollte dieses Ziel angestrebt werden, da beide Perspektiven verschiedene Aspekte einer komplexen Realität beleuchten. Menschenrechtsbasierte Programme konzentrieren sich auf Bedingungen, welche der Verwirklichung der Rechte förderlich oder hinderlich sind, und zielen auf Personen, die unter direkter oder struktureller Diskriminierung leiden. Sie legen Wert darauf, staatliche Institutionen zur Einhaltung der minimalen, in internationalen Abkommen vereinbarten Standards aufzurufen. Gleichzeitig bestärken sie Anstrengungen, Regierungen zugänglicher, nichtdiskriminierend, transparent, partizipativ und rechenschaftspflichtig zu machen sowie einzelnen Bürgerinnen und Bürger das Eintreten für ihre Rechte zu ermöglichen. Konfliktbearbeitungsprogramme basieren hingegen auf der Analyse von Konfliktursachen und der Rolle, die verschiedene Akteure in einem Kontext spielen. Dabei beachten sie sowohl objektive als auch subjektive Faktoren (zum Beispiel die Verteilung von Macht und Ressourcen oder die Beziehungsdynamiken). Davon ausgehend, dass Veränderung nicht von aussen oder oben aufgezwungen werden kann, entwerfen KB-Programme konstruktive Prozesse, die Möglichkeiten für positive Veränderungen eröffnen. Dabei werden Menschen, Organisationen, Rituale, Werte und dergleichen berücksichtigt, welche die Gesellschaft entzweien oder zusammenführen könnten.

Verbindungen knüpfen

So unterschiedlich diese Perspektiven sind, so widersprechen sie sich doch nicht zwangsläufig. Vielmehr ergänzen sie einander häufiger als man denkt. Zum Beispiel konnte ein Friedensförderungsprogramm, das in Guatemala ein historisches Museum unterstützte, verbessert werden, nachdem eine Überprüfung unter einem Menschenrechtsgesichtspunkt verschiedene Lücken diagnostizierte. In der Folge wurde ein Feedbackmechanismus etabliert, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten. Des Weiteren integrierte das Projekt akustische und visuelle Elemente in die Ausstellung, um AnalphabetInnen nicht zu diskriminieren. Die Öffentlichkeit wurde weiter dazu eingeladen, Verbesserungen vorzuschlagen, um Transparenz und Partizipation zu garantieren. Auf der anderen Seite profitierte zum Beispiel eine nepalesische NGO in ihrer Arbeit für Landrechte von der Unterstützung durch Konfliktbearbeitung. Indem sie Konfliktanalyse in ihr Programm aufnahm, konnte sie sich stärker strategisch mit einzelnen Akteuren auseinandersetzen; darunter auch jenen, die als Gegner wahrgenommen wurden wie LandbesitzerInnen, PolitikerInnen oder RegierungsbeamtInnen. Folglich wurde der Kommunikationsstil überprüft, was zu Erkenntnissen führte, wie der Umgang mit diesen Gruppen die Advocacy-Arbeit unterminierte oder stärkte.

Weitere Informationen:
[Michelle Parlevliet](#)

Diese Beispiele illustrieren, dass das Hauptanliegen bei der Verbindung von Menschenrechten mit Konfliktbearbeitung nicht die *Vereinigung* der beiden Ansätze ist. Vielmehr soll auf Einsichten und Instrumente aus beiden Bereichen zurückgegriffen werden, damit die Anstrengungen zur sozialen Veränderung sinnvoller, effektiver und nachhaltiger werden. Es bedeutet auch, sich stärker bewusst zu werden, wo und wie MR- und KB-Ansätze verbunden werden können oder wann sie am besten getrennt bleiben. Da beide Perspektiven für so viele Arbeitsfelder relevant sind, ob Landreform, Unterstützung von Medienkampagnen, lokale Gouvernanz, Vergangenheitsbewältigung, Zugang zu Wohnraum oder Reform des Sicherheitssektors, hat sich die Notwendigkeit für Dialog und ein besseres gegenseitiges Verständnis in den letzten Jahren verstärkt. In diesem Prozess ist die Erkenntnis hilfreich, dass beide Ansätze sich auf ihre eigene Art als wertvoll erweisen und dass keiner dem anderen über- oder unterlegen sein muss. Die Bereitschaft zuzuhören, die Auseinandersetzung mit Ideen, Konzepten und Begriffen aus dem anderen Fachgebiet und das Anerkennen der Beschränkungen der eigenen Perspektive sind Teil dieses Weges, der mit Flexibilität, Geduld, Bescheidenheit und einer Bereitschaft zur Verwirrung begangen werden muss. Am Anfang steht das Stellen von Fragen.

14.05.2012

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

Links

- [Peace Brigades International Schweiz](#)
- [Liam Mahony, 2004: Side by Side. Protecting and Encouraging Threatened Activists with Unarmed International Accompaniment.](#)

Begleitschutz für MenschenrechtsaktivistInnen durch PBI: Verbindung von Menschenrechten und Konfliktbearbeitung

Peace Brigades International (PBI) setzt sich seit drei Jahrzehnten für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung in Krisengebieten ein. International zusammengesetzte Teams begleiten AktivistInnen für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit und beobachten die Menschenrechtssituation vor Ort. PBI wird auf Anfrage aktiv und unterstützt ausschliesslich Individuen und Organisationen, die sich zur Gewaltfreiheit bekennen und sich mit demokratischen Mitteln für Gerechtigkeit einsetzen. Zurzeit sind Freiwillige in Guatemala, Kolumbien, Mexiko und Nepal im Einsatz.

Die unbewaffnete Schutzbegleitung von bedrohten lokalen Partnerorganisationen stellt das zentrale Arbeitsinstrument von PBI dar. Neben der physischen Begleitung steht dabei die politische, emotionale und sonstige Beratung im Vordergrund. Der internationale Druck, der durch diese umfassende Begleitarbeit aufgebaut wird, soll gewalttätigen Übergriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen vorbeugen. Dies erfordert eine minutiöse Analyse der jeweiligen politischen Lage und der Entscheidungsträger, die möglicherweise hinter den Gewaltübergriffen stecken. Der internationale Begleitschutz von PBI entfaltet seine Wirkung insbesondere, wenn die mutmasslichen Verantwortlichen von politisch motivierten Übergriffen auf internationalen Druck sensibel reagieren. In der langjährigen Erfahrung von PBI hat sich diese Arbeitsmethode als sehr wirksam erwiesen. Während der Einsu-eins-Begleitungen durch PBI-Freiwillige wurde noch nie eine Morddrohung in die Tat umgesetzt.

Die Arbeit von PBI trägt dazu bei, Raum für Frieden zu schaffen und dadurch die kontinuierliche Arbeit von MenschenrechtsaktivistInnen zu ermöglichen.

Weitere Informationen:
PBI Schweiz [Katia Aeby](#)

Gleichzeitig gibt diese Form der internationalen Solidarität den Partnerorganisationen Mut, ihre Arbeit fortzuführen. Dabei mischt sich PBI nicht in die Arbeit der begleiteten Organisationen ein, sondern geht davon aus, dass ein nachhaltiger Frieden von den Betroffenen selbst erarbeitet werden muss. 15.05.2012

Links

- [HEKS](#)

Weitere Informationen:
HEKS [Una Hombrecher](#)

HEKS: Gerechtigkeit und Konflikttransformation

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche Schweiz (HEKS) erarbeitet zurzeit das Arbeitskonzept „Gerechtigkeit und Konflikttransformation“ mit dem Ziel einer Annäherung zwischen menschenrechtsbasierten Ansätzen und Friedensarbeit. Es soll die bisherige Friedensstrategie ablösen. Auslöser für das neue Konzept waren Lernprozesse in der Praxis und weniger strategische Überlegungen. Zumindest teilweise reflektiert die Entwicklung damit die systematische Umsetzung des rechtsbasierten Ansatzes in den Programmen und Projekten des HEKS. Bei der Ausarbeitung des menschenrechtsbasierten Ansatzes für das HEKS standen zunächst die Projekte der ländlichen Entwicklung im Fokus. Schnell zeigten sich in einer reflektierten Anwendung aber auch Synergien, die sich mit diesem Ansatz für den zweiten HEKS-Schwerpunkt „Frieden und Konflikttransformation“ ergeben.

Sowohl auf lokaler wie auch auf nationaler und internationaler Ebene sind Menschenrechte wichtige Bezugspunkte für die Verhandlung von Positionen, Bedürfnissen und Interessen der verschiedenen Konfliktparteien. Dies trifft vor allem auf die in der Entwicklungszusammenarbeit sehr häufig vorkommenden asymmetrischen Konflikte zu. Gesetze und Richtlinien können entsprechende Mechanismen und Anleitungen bieten, um Rechte in der Praxis zu realisieren oder einzuklagen. Der Ansatz der Konflikttransformation befruchtet auf der anderen Seite die rechtsbasierte Arbeit. Eine systematische Analyse der beteiligten Akteure kann die Verbindungen und potentielle Anknüpfungspunkte zwischen widerstreitenden Interessengruppen aufzeigen. Die so entstehende Annäherung zwischen Verantwortlichen mit Verpflichtungen und benachteiligten RechtsinhaberInnen bilden dann zugleich das Kernelement rechtsbasierter Arbeit.

Bei der Verbindung von Arbeitsansätzen ist es jedoch wichtig, ein klares Bewusstsein für die eigene Rolle im jeweiligen Kontext zu bewahren. Diese kann entweder Teil einer neutralen oder aussenstehenden Mediation sein oder ein direkteres Advocacy-Engagement umfassen. 25.05.2012

Links

- [Kampagne „Hände hoch für Waffenkontrolle“](#)
- [Tagung zum Waffenhandelsabkommen](#)

Weitere Informationen:
Amnesty International
Schweiz [Patrick Walder](#)

Amnesty International: Kampagne für internationale Waffenkontrolle

Im Juli 2012 verhandelt die Staatengemeinschaft im Rahmen einer UNO-Konferenz in New York über den *Arms Trade Treaty* (ATT). In diesem Zusammenhang hat Amnesty International im Vorfeld der Verhandlungen eine internationale Kampagne lanciert.

Der weltweite Waffenhandel ist weitgehend unkontrolliert. Während es für den Handel mit Lebensmitteln oder archäologischen Artefakten klare internationale Vorschriften gibt, ist dies beim Geschäft mit Maschinenpistolen, Panzern und Munition nicht der Fall. Dabei sind die Folgen der unverantwortlichen Waffenlieferungen weltweit gravierend. Strengere Regeln für den Waffenhandel werden von Organisationen der Zivilgesellschaft seit den 1990er Jahren gefordert. 2006 stimmte die UN-Generalversammlung erstmals der Ausarbeitung eines Waffenhandelsabkommen (ATT) zu.

Die aktuelle Amnesty-Kampagne „Hände hoch für Waffenkontrolle“ setzt sich für ein umfassendes Abkommen mit folgenden Kernpunkten ein:

- Eine „goldene Regel“ soll garantieren, dass Waffenlieferungen nicht genehmigt werden dürfen, wenn das Risiko besteht, dass bei ihrem Einsatz die Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht schwerwiegend verletzt werden.
- Das Abkommen muss für alle konventionellen Waffen und Munition gelten sowie alle Arten von Transaktionen erfassen.
- Es braucht klare Regeln für die Umsetzung und strikte Kontrollen für die Einhaltung des Vertrages.

Amnesty International ruft die Schweizer Regierung auf, die sich bereits 2005 verpflichtet hat, die Schaffung eines Waffenhandelsvertrags zu unterstützen, in den Verhandlungen eine möglichst aktive Rolle zu spielen. Um diese Anliegen zu unterstützen, sind in den nächsten Wochen in der Schweiz verschiedene Aktionen geplant.

10.05.2012

Links

- [TERRE DES FEMMES](#)
- [Lehrmittel](#)

TDF: Unterrichtsmappe zur Zwangsverheiratung

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung hält fest, dass sich jede Person frei entscheiden darf, mit wem sie eine Partnerschaft eingehen und ob sie heiraten möchte. Doch auch in der Schweiz gibt es Jugendliche, die gegen ihren Willen verlobt oder verheiratet werden; sei es hierzulande oder während der Ferien im Herkunftsland.

TERRE DES FEMMES Schweiz stellt Schulen ein komplett überarbeitetes Lehrmittel zur Verfügung, das Mädchen und Jungen sensibilisiert, sie über ihre Rechte informiert und in ihrer Selbstbestimmung unterstützt. Die Unterrichtsmappe „Wer entscheidet, wen du heiratest?“ bietet Lehrpersonen Hintergrundinformationen, praxisorientierte Unterrichtseinheiten und Unterstützungsmöglichkeiten. Zwangsverheiratung und der Zwang zu Ehe und Familie können direkt oder über angrenzende Themen wie Liebe und Beziehung, Lebensentwürfe, Familie,

Weitere Informationen:
 TERRE DES FEMMES
[Christa Dold](#)

Menschenrechte oder Werte und Normen angesprochen werden. Gruppenarbeiten, Diskussionskarten, Geschichten und Filmtipps bieten dafür interaktive und vielseitige Möglichkeiten. Das Lehrmittel spricht alle Jugendlichen unabhängig von ihrer Religion und Herkunft an, baut Vorurteile ab und fördert den Dialog zu zentralen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Gleichzeitig entwickeln die Jugendlichen ein grösseres Bewusstsein für ihr soziales Umfeld und dafür, wie sie Betroffenen helfen können.

25.05.2012

Links

- [ICP](#)
- [Konfliktbüro](#)

Weitere Informationen:
 ICP [Fabienne Glatthard](#)

ICP: Konfliktbüro Bern

Das Institut für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung (ICP) hat Anfang Mai das Konfliktbüro Bern eröffnet. Es soll Raum für Mediation und Vermittlung schaffen und bietet professionelle interkulturelle Konfliktlösung an. Das Konfliktbüro leistet somit einen wesentlichen Beitrag zu gegenseitiger Anerkennung und Respekt in der Bevölkerung. Insbesondere MigrantInnen erhalten mit dem Konfliktbüro Zugang zu einer Beratungsstelle, die sie bei der Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts unterstützt. Kreative und gewaltfreie Lösungsansätze werden im Konfliktbüro gemeinsam und kostengünstig erarbeitet. Die Ausbildung von MultiplikatorInnen in Konfliktbearbeitung stellt darüber hinaus ein langfristiges Projekt dar. Das Konfliktbüro wird durch den Integrationskredit des Bundes unterstützt.

02.05.2012

Links

- [Swiss Academy for Development](#)

SAD: Sport- und Spielaktivitäten zur Konflikttransformation von unten in Sri Lanka

Dialogprozesse sind in Sri Lanka zurzeit weder auf der politischen noch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene möglich. Konflikttransformation kann somit bestenfalls durch Verständigungsprozesse auf der Grassroots-Ebene erfolgen. Die Swiss Academy for Development (SAD) und die sri-lankanische NGO *Future Peace* setzen dafür seit 2009 didaktische Sport- und Spielaktivitäten ein. Diese sollen als indirektes, unpolitisches und somit niederschwelliges Instrument zwischen singhalesischen und tamilischen Dörfern Austausch- und Verständigungsprozesse initiieren. „Transformierende“ Aktivitäten, die Raum und Gelegenheit bieten, um sich in ethnisch wie geschlechtlich gemischten Teams miteinander auszutauschen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und Differenzen mittels Dialog beizulegen, dienen dabei als Einstiegspunkt für weiterführende Dialogprozesse unter Einbezug der Eltern und anderer Stakeholder in den Gemeinden.

Daten aus dem umfassenden Projekt-Monitoring belegen die Erfolge des Ansatzes. Tamilische und singhalesische Kinder und Jugendliche schliessen feste Freundschaften, statten sich gegenseitig Hausbesuche ab und treffen sich zum Spielen oder zum gemeinsamen Lösen von Hausaufgaben. Vorurteile und Stereotypen gegenüber den jeweils anderen werden abgebaut, wie das nachfolgende Zitat verdeutlicht: „Bevor

Weitere Informationen:
SAD [Niklaus Eggenberger](#)

ich dem Sportklub beigetreten bin, dachte ich die Tamilen wären eine hasserfüllte und unerwünschte Gemeinschaft. Aber nach meinem Beitritt habe ich gelernt, dass sie genauso gutmütig sind. Ich lernte, dass tamilische Kinder genauso gute Eigenschaften und Manieren haben". Singhalesen nehmen meist zum ersten Mal an Festlichkeiten der tamilischen Minderheit teil. Konflikte und Dispute in den Gruppen werden über Gespräche und Dialog gelöst und nicht mehr mittels verbaler oder physischer Gewalt wie zu Projektbeginn. Dieses Verhalten manifestiert sich auch im Alltag. Zudem ist eine starke Zunahme des Selbstwertgefühls bei tamilischen Kindern festzustellen. Sie äussern ihre Meinung freier, bringen eigene Ideen in die Gestaltung von Spielen ein oder übernehmen freiwillig Verantwortung.

21.05.2012

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [AMS](#)
- [Verstärkung der Schweizer Menschenrechtspolitik](#)

Weitere Informationen:
EDA [Martina Schmidt](#)

AMS: Schweizer Menschenrechtsengagement im Senegal

Mitte Mai wurden in Dakar die Menschenrechtskonsultationen zwischen der Schweiz und dem Senegal lanciert. Damit verstärkt die Schweiz ihr Menschenrechtsengagement in Westafrika. Der Senegal ist nach Nigeria das zweite westafrikanische Land, mit welchem die Schweiz einen solchen Dialog aufnimmt.

Eröffnet wurden die Gespräche von der neuen senegalesischen Justizministerin, während die umfassende senegalesische Delegation vom Generaldirektor für Justiz- und Konsularangelegenheiten im Aussenministerium angeführt wurde. Die Schweizer Delegation stand unter der Leitung des Sonderbotschafters für Menschenrechtsfragen in der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS). An der Lancierung dieser Zusammenarbeit war zudem die Schweizer Botschafterin in Dakar aktiv beteiligt.

Anlässlich der Gespräche wurden nicht nur multilaterale sondern auch bilaterale Menschenrechtsfragen aufgegriffen. Die im Rahmen der universellen Menschenrechtsprüfung (UPR) des UN-Menschenrechtsrats gemachten Erfahrungen beider Staaten spielten dabei eine zentrale Rolle. Ferner wurde vertieft über das Thema Zugang zur Justiz sowie über Kinderrechte diskutiert. Zahlreiche weitere Themen mussten auf die nächste Gesprächsrunde verschoben werden.

Mit der Themenwahl konnten die wesentlichen Voraussetzungen für ein im Bereich der Jugendjustiz vorgesehenes Begleitprojekt geschaffen werden. Dieses zielt auf eine Professionalisierung der in diesem Bereich tätigen Personen und wird im November dieses Jahres in Partnerschaft mit dem *Centre de Formation Judiciaire de Dakar* lanciert. Durchgeführt wird das Projekt vom Leiter des *Institut International du Droit de l'Enfant (IDE)* und dem Leiter des Jugendgerichts des Kantons Freiburg.

Die offiziellen Gespräche zwischen BehördenvertreterInnen beider Länder waren gefolgt von zwei Workshops. Diese gaben VertreterInnen der senegalesischen Zivilgesellschaft die Gelegenheit, sich über Kinderrechtsschutz und den Zugang zur Justiz auszutauschen. Die Erfahrung lehrt, dass der aktive Einbezug der Zivilgesellschaft eine wesentliche Voraussetzung für produktive Arbeit im Menschenrechtsbereich bildet.

23.05.2012

Links

- [DEZA](#)
- [DEZA: Menschenrechte](#)

Weitere Informationen:
DEZA [Corinne Huser](#)

DEZA: Die Bedeutung der Menschenrechte in fragilen Situationen

Je mehr das Peacebuilding in einer fragilen oder gewaltbetroffenen Situation voranschreitet, desto eher können die elementaren Menschenrechte realisiert werden; gleichzeitig ist ein nachhaltiger Friede ohne die Einhaltung der Menschenrechte nicht möglich. Mit dem thematischen Fachnetzwerk „Konflikt *und* Menschenrechte“ anerkennt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) die Komplementarität beider Konzepte auch in der internationalen Zusammenarbeit. Die Ansätze haben aber auch je eigenständige Bedeutungen: Der Menschenrechtsansatz gilt beispielsweise nicht nur in fragilen Kontexten. Natürlich sieht sich die DEZA auch mit Schwierigkeiten und Dilemmas konfrontiert, so in einer Situation anhaltender Gewaltübergriffe bei gleichzeitig fortgesetzter Präsenz im Feld. Wichtig ist eine konfliktsensitive aber konsequente Förderung der Menschenrechte. In von Gewaltkonflikten betroffenen Situationen soll die Entwicklungszusammenarbeit mit gezielten konfliktsensitiven und friedensbildenden Massnahmen, die Fortsetzung von Leid zu verhindern suchen. Menschenrechtsverletzungen sind sowohl Ursache als auch Folge von Konflikten. Eine konfliktorientierte Entwicklungszusammenarbeit muss deshalb auch Diskriminierung, kontinuierliche Negierung von Rechten, ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen sowie staatliche Repression ansprechen. Der Menschenrechtsansatz der DEZA liefert dazu einen nützlichen Referenzrahmen. Sein Fokus liegt auf der Stärkung von Legitimität und staatlichen Strukturen zur Erfüllung der Pflicht des Staates bei der Förderung elementarer Grundrechten für ein Leben in Würde, auf der Förderung gesellschaftlicher Akteure zur Einforderung von Grundrechtsansprüchen, vor allem aber auf der konstruktiven Interaktion und auf Aushandlungsprozessen zwischen Staat und Bürgern. Grundlage dabei sind die Prinzipien der Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Förderung von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung.

Trotz grosser Herausforderungen bestehen selbst in gewalttätigen Konflikten Handlungsspielräume, die genutzt werden können, um die Achtung der Menschenwürde zu fördern. Mit dem Prinzip der Advocacy ergreift beispielsweise die Humanitäre Hilfe der DEZA ausdrücklich Partei für die Rechte und die Würde der Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen. Dies beinhaltet die Legalisierung von Status, Landzugang und Recht auf Unterkunft für rückkehrende Flüchtlinge oder die gezielte Verteilung von Nothilfe an die Ärmsten und Schwächsten, um Konflikt-dynamiken und KriegsgewinnlerInnen nicht zu stärken. Unter anderem unterstützte die DEZA während des bewaffneten Konflikts in Nepal Menschenrechtsorganisationen in der Dokumentation und der Veröffentlichung von Menschenrechtsübergriffen oder stellte in ihren Programmen sicher, dass konsequent auch die benachteiligten Bevölkerungsschichten profitierten. Dadurch wurden soziale Spannungen und somit auch Konfliktursachen reduziert. Weitere Beispiele für die Arbeit der DEZA in diesem Feld sind Programme in Westafrika, die zur Klärung von Landrechtsansprüchen und folglich zur Lösung bestehender Ressourcenkonflikte beitragen.

22.05.2012

Publikationen

Info

- [V. Dudouet & B. Schmelzle \(Hrsg.\), 2010. Human Rights and Conflict Transformation. The Challenges of Just Peace. Berghof Dialogue Issue Nr. 9.](#)

Die Herausforderung eines gerechten Friedens

Die neunte Ausgabe der Berghof Dialog Serie setzt sich tiefergehend mit dem Verhältnis zwischen dem Schutz der Menschenrechte und der Konfliktbearbeitung auseinander. Der Leitartikel geht davon aus, dass die Verknüpfung beider Ansätze sowohl die Analyse von Konfliktsituationen wie auch die Praxis in der nachhaltigen Friedensarbeit verbessert. Um dies zu erreichen, soll die Konfliktbearbeitung vermehrt strukturelle Bedingungen, die Rolle des Staates, Machtverhältnisse oder Regierungssysteme in ihre Arbeit einfließen lassen. Kritische Stellungnahmen verschiedener ExpertInnen sowie Fallstudien von Fachleuten aus Uganda, Israel/Palästina und Kolumbien ergänzen den Leitartikel. Verschiedentlich wird dabei angemerkt, dass die Arbeit mit den als „moralisch absolut“ erklärten Menschenrechten die Konfliktparteien entzweien könne oder die Konfliktbearbeitung aufgrund ihres Pragmatismus nicht zu Gerechtigkeit führe. Die AutorInnen sehen aber auch Gemeinsamkeiten zwischen den Ansätzen sowie das Potential zur gegenseitigen Ergänzung. Eine solche ganzheitliche Perspektive erfordere jedoch eine engere Kooperation zwischen den Friedensförderungsfachleuten im Feld und den MenschenrechtsverteidigerInnen. Dabei sehen aber nicht alle ExpertInnen eine Kombination der Rollen als Ziel, vielmehr soll der Fokus auf die Gemeinsamkeiten gelegt werden. In diesem Bereich sollen Lernprozesse und Zusammenarbeit stattfinden. Am Ende weisen verschiedene Autorinnen darauf hin, dass universelle Modelle in der Praxis immer nur bedingt anwendbar sind und deshalb jeweils auf die lokalen Bedingungen zugeschnittene Initiativen zur Anwendung kommen müssen.

24.05.2012

Webtipp

Info

- [Entwicklungsziele nach 2015](#)

Entwicklungsziele nach 2015

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) für das Jahr 2015 laufen in weniger als drei Jahren aus, deshalb ist es an der Zeit für das Aushandeln eines Folgeabkommens der globalen Entwicklungszusammenarbeit. Im Hinblick auf die „Rio+20“-Verhandlungen in Rio de Janeiro im Juni 2012 gewährt eine neue Unterseite auf der Homepage der MDG einen Überblick über den anlaufenden Vorbereitungsprozess und führt eine Liste relevanter Publikationen. Ein interaktiver Kalender zeigt den Zeitplan mit den wichtigsten Veranstaltungen und Aktivitäten im Hinblick auf das neue Rahmenabkommen.

Der übrige Teil der Webseite bietet tiefergehendes Material, Berichte und einen historischen Abriss zu den Millenniums-Entwicklungszielen. So zeigen beispielsweise umfangreiche Links zu diversen Statistiken den aktuellen Stand ihrer Umsetzung.

16.05.2012

Internationale Partnerorganisationen

Info

Diese Rubrik enthält Neuigkeiten von zehn Partnerorganisationen, mit denen KOFF strategische Allianzen unterhält.

- [Berghof Foundation](#)
- [CDA Collaborative Learning Projects](#)
- [Conciliation Resources](#)
- [EPLO](#)
- [forumZFD](#)
- [FriEnt](#)
- [GIZ](#)
- [GPPAC foundation](#)
- [International Alert](#)
- [Plattform Zivile Konfliktbearbeitung](#)

GIZ

- Der Schwerpunkt der neuesten Ausgabe des GIZ-Magazins „[akzente](#)“ widmet sich der politischen Teilhabe. Der arabische Frühling dient dabei als Aufhänger und veranschaulicht, wie wichtig der kontinuierliche Dialog zwischen Staat und Gesellschaft für eine funktionierende Demokratie ist. Das Magazin stellt dazu verschiedene Projekte vor, die politische Partizipation fördern sollen.

International Alert

- International Alert hat als eine von 35 Organisationen zu einer neuen „[Anleitung für Konfliktsensitivität](#)“ beigetragen. Die Richtlinien geben praktische Ratschläge für Fachleute auf den Gebieten der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Friedensförderung. Das federführende Conflict Sensitivity Consortium arbeitet seit 2008 daran, die Erfahrungen von verschiedensten Organisationen zusammenzutragen.

EPLO

- EPLO hat seine [Stellungnahme](#) zu den neuen EU-Außenfinanzierungsinstrumenten publiziert. Es möchte die Gelegenheit nutzen, um bei dieser Reform der externen EU-Kooperationsprogramme die Friedensförderung und Konfliktprävention vollständig in den ausenpolitischen Massnahmenkatalog zu integrieren.

Conciliation Resources

- Conciliation Resources hat den Bericht „[Alternative Paths to Peace](#)“ über die Aktivitäten und Leistungen der Organisation in den Jahren 2010 und 2011 veröffentlicht. Neben der neuen Präsenz auf [Twitter](#) schaltete die NGO auch ihr letztes Policy-Brief zum „[People’s Peacemaking Perspectives Projekt](#)“ online.

Veranstaltungen

Info

Diese Rubrik enthält Hinweise zu ausgewählten Veranstaltungen im Zusammenhang mit der zivilen Friedensförderung.

- [Amnesty International](#) lädt am 7. Juni zu einer Tagung über das Waffenhandelsabkommen (ATT) ein. An der Diskussion in Bern nehmen Fachleute von Amnesty, der Schweizer Regierung und der Waffenindustrie teil. Weitere [Informationen](#) und [Anmeldung](#)
- [Steps for Peace](#) führt vom 18.-22. Juni in Berlin ein Training zu *Do No Harm* und *Reflecting on Peace Practice* durch, in welchem die Konzepte sowie ihre praktische Anwendung vorgestellt und vermittelt werden. Weitere [Informationen](#)
- Vom 20.-22. August findet in Bern die dritte internationale Konferenz über „[Research for Development](#)“ (ICRD 2012) statt. Hauptziel ist dabei der Austausch über den aktuellen Forschungsstand der Nord-Süd Partnerschaften und die Ausarbeitung einer forschungspolitischen Agenda für globalen Wandel. [Anmeldung](#)



- Ab September 2012 bieten swisspeace und die Universität Basel erstmals einen einjährigen [Nachdiplomstudiengang in ziviler Friedensförderung](#) an. Der Zertifikatskurs (CAS) richtet sich an Fachpersonen sowie Quer- und BerufseinsteigerInnen, die in der Friedensförderung, der Entwicklungszusammenarbeit, der Menschenrechtsarbeit, im humanitären oder sozialen Bereich tätig sind oder werden möchten. [Anmeldeschluss](#): 30. Juni
- Vom 30. Januar bis 01. Februar 2013 findet ein KOFF Training „[Menschenrechte und Konflikttransformation – Von Konzepten zu einer gemeinsamen Praxis](#)“ statt. Während des Kurses vertieft Michelle Parlevliet das in diesem KOFF-Schwerpunkt angesprochene Thema. [Anmeldeschluss](#): 09. Januar 2013

Herausgeber: Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) / [swisspeace](#)

Adresse: Sonnenbergstrasse 17, CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12; Fax: +41 (0)31 330 12 13

Redaktion: [Lukas Krienbuehl](#), [Daniel Hofer](#)

Layout: [Liliana Rossier](#)

Der KOFF-Newsletter erscheint am 1. jedes Monats (ohne 1. August und 1. Januar) in Deutsch, Englisch und Französisch. Der Newsletter wird elektronisch vertrieben. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind auf den KOFF-[Webseiten](#) im PDF-Format verfügbar. Im [Online-Archiv](#) können sämtliche Artikel nach Suchbegriffen abgefragt werden.

KOFF ist ein Programm von swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten ([EDA](#)) sowie den folgenden Schweizer Nichtregierungsorganisationen:

• [Alliance Sud](#) • [APRED](#) • [BAHA'!](#) • [Brücke Le pont](#) • [Caritas Schweiz](#) • [Caux - Initiativen der Veränderung](#) • [cfd](#) • [CIMERA](#) • [DCAF](#) • [Eirene Schweiz](#) • [Fastenopfer](#) • [Fondation Hironnelle](#) • [Forum für Friedenserziehung](#) • [Frauen für den Frieden Schweiz](#) • [FriedensFrauen Weltweit](#) • [Geneva Call](#) • [Gesellschaft für bedrohte Völker](#) • [Green Cross Schweiz](#) • [GSoA](#) • [HEKS](#) • [Helvetas Swiss Intercooperation](#) • [ICP](#) • [Intercooperation](#) • [Interpeace](#) • [LIPS](#) • [Media21](#) • [Medico International Schweiz](#) • [Medienhilfe](#) • [mission 21](#) • [miva Schweiz - transportiert Hilfe](#) • [Palmyrah](#) • [Peace Brigades International](#) • [Peace Watch Switzerland](#) • [Quaker United Nations Office](#) • [Swiss Academy for Development](#) • [Schweizerische Flüchtlingshilfe](#) • [Schweizerischer Friedensrat](#) • [Solidar Suisse](#) • [Schweizerischer Katholischer Frauenbund](#) • [Schweizerisches Rotes Kreuz](#) • [Service Civil International Schweiz](#) • [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#) • [Swissaid](#) • [TERRE DES FEMMES](#) • [terre des hommes Schweiz](#) • [TRIAL](#) • [World Vision Schweiz](#)